



**REGIERUNG**  
DES FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

MINISTERIUM FÜR  
PRÄSIDIALES UND FINANZEN

**Grusswort von Regierungschef Adrian Hasler  
anlässlich der Eröffnung der  
10. Internationalen Gottfried von Haberler Konferenz**

**am 27. Juni 2014 in Vaduz**

*„Es gilt das gesprochene Wort“*

*"Verantwortlich ist man nicht nur für das, was man tut, sondern auch für das, was man nicht tut."*

Das sagte schon der legendäre chinesische Philosoph Laotse. Diese Weisheit kann problemlos auf den Staat übertragen werden. Auch im Verhältnis zwischen Staat und Bürger ist immer wieder neu zu hinterfragen, was der eine tun und der andere lassen soll.

Durchlauchter Landesfürst,  
sehr verehrte Damen und Herren,

ich freue mich sehr, im Namen der Regierung einige Worte zur Eröffnung der 10. Internationalen Gottfried von Haberler Konferenz an Sie zu richten.

"Staatskunst, Staatsaufgaben, Staatsausgaben" - so lautet das diesjährige Thema der Konferenz. Als ich die Einladung mit diesem Titel gesehen habe, war für mich klar, dass ich an dieser Konferenz teilnehmen möchte. Aktueller kann ein Thema für Liechtenstein und auch andere Staaten kaum sein.

Als Regierungschef und Finanzminister bin ich auf spezifische Weise und immer wieder neu mit der Grundfrage konfrontiert: Was ist die Rolle des Staates bzw. welche Rolle sollte er spielen – und was ist nicht Aufgabe des Staates?

Sehr verehrte Damen und Herren

Gesunde öffentliche Haushalte sind eine wichtige Stütze für die globale Wirtschaft. Die Politik sollte ein grosses Interesse daran haben, einen gesunden öffentlichen Haushalt zu erreichen bzw. zu erhalten. In der Praxis zeigt die internationale Entwicklung der öffentlichen Haushalte jedoch ein eher düsteres Bild. Viele Staaten haben ihren Haushalt und damit in erster Linie ihre Ausgaben nicht bzw. zu wenig im Griff. Die Staatsverschuldung steigt und nimmt bedrohliche Ausmasse an. Die Staatshaushalte sind auch unter Druck geraten, weil der Staat immer wieder neue Aufgaben übernimmt bzw. neue Leistungen anbietet.

Auch Liechtensteins Staatshaushalt ist in Schieflage geraten. In den vergangenen Jahrzehnten wurden Überschüsse erzielt. In der Folge wurden die staatlichen Leistungen kontinuierlich ausgebaut. Heute sind wir in vielen Bereichen auf einem Leistungsniveau, welches sogar das Niveau der Schweiz teilweise deutlich übersteigt. Aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise, des starken Schweizerfrankens und nicht zuletzt aufgrund des neuen Steuergesetzes sind die Steuereinnahmen deutlich eingebrochen. Dies führt nun dazu, dass wir uns das hohe Leistungsniveau, das unser Staat anbietet, schichtweg nicht mehr leisten können.

Um die Lücke im Staatshaushalt zu schliessen hat die Regierung bisher drei Massnahmenpakete geschnürt. Die definierten Massnahmen werden konsequent umgesetzt und tragen bereits erste Früchte. Gerade in solchen Zeiten stellt sich natürlich auch die ganz konkrete Frage: Welche Leistungen müssen vom Staat weiterhin unbedingt erbracht werden - und welche Leistungen können abgebaut werden?

Oder anders formuliert: Für welche Leistungen ist der Staat verantwortlich und für welche nicht? Und wo beginnt die Eigenverantwortung des Bürgers? Das sind wichtige gesellschaftspolitische Fragen, welche nicht leicht zu beantworten sind.

Mit dieser Fragestellung rückt die Definition der Eigenverantwortung jedes einzelnen Bürgers in den Fokus.

In Liechtenstein setzt sich die Politik für eine liberale Grundhaltung ein. Dies unterscheidet uns von verschiedenen anderen Ländern in Europa. Ich bin davon überzeugt, dass diese liberale Grundhaltung und damit auch das Eintreten für Eigenverantwortung ein Schlüssel für den Erfolg ist. Nur so bleibt die Gesellschaft bereit zum Anpacken von neuen Herausforderungen und fähig für Innovation. Beides braucht es unbedingt, um den Wandel, den wir derzeit auf vielen Ebenen erleben, erfolgreich zu bewältigen. Hierzu gehören auch starke direkt demokratische Mittel, wie wir sie in Liechtenstein mit dem Initiativ- und Referendumsrecht kennen.

So wenig Staat wie möglich - soviel Staat wie nötig. So lässt sich unsere Grundhaltung auf den Punkt bringen. Aber trotz dieser klaren Haltung stellt sich die Frage nach der Rolle des Staates auch bei uns immer wieder anders und damit neu.

Dies zeigt sich derzeit in Bezug auf den Transformationsprozess im Finanzplatz und dessen Neuausrichtung. Welche Rolle wird vom Staat erwartet und welche Rolle übernimmt die Wirtschaft? Wie detailliert soll der Staat die Rahmenbedingungen für den Markt setzen? Wo hören die Rahmenbedingungen auf und wo fangen Vorschriften und Normen an? Wo

endet die Steuerungs- und Aufsichtspflicht und wo beginnt die Eigenverantwortung der Finanzdienstleister? Im Verhältnis zwischen Staat und Markt sind das Fragen, auf die es keine einfachen Antworten gibt.

In Liechtenstein setzen wir auf die Eigenverantwortung und den gesunden Menschenverstand des Einzelnen. Diese liberale Grundhaltung ist stark verankert. Gleichzeitig geraten wir von Aussen zunehmend unter Druck, Dinge zu regeln, die wir in unserem Verständnis nicht, oder nicht in dem Masse regeln würden.

Doch woher rührt dieser Druck, alles regeln zu wollen?

Der neue Direktor der Schweizer Finanzmarktaufsicht, Mark Branson, hat die Banken zu konsequenterem Risikomanagement und mehr Selbstdisziplin aufgerufen. Mehr Selbstdisziplin, weil viele Fälle von unkorrektem Geschäftsverhalten der Banken das Vertrauen von Politik, Gesellschaft und Markt erschüttert hätten. Branson forderte: „In den Instituten muss klar sein, dass unkorrekt angestrebte Profite nicht erwünscht sind und schon gar nicht belohnt werden“.

Die Bankenkrise hat gezeigt, dass es staatliche Regeln braucht, um die volkswirtschaftliche Stabilität auch in Krisenzeiten sicherzustellen. Es darf nicht sein, dass aufgrund falscher Anreizsysteme in den Banken das ganze System gefährdet wird.

Die zentrale Frage lautet aber: Welche Regeln wirken wirklich und wie stark sollen diese Regeln tatsächlich in die Märkte eingreifen? Tatsache ist, dass als Konsequenz dieser Krise in Europa eine Regulierungseuphorie ausgebrochen ist. Diese Regulierungswelle droht, die Eigenverantwortung und

Innovationskraft einer ganzen Branche zu eliminieren. Einige sprechen gar von einer schleichenden Verstaatlichung des Bankensektors. In diesem Zusammenhang muss uns jedoch bewusst sein, dass sich der Missbrauch Einzelner nicht durch noch so ausgeklügelte und engmaschige Vorschriften verhindern lässt. Leider schießt die Politik hier oft über das Ziel hinaus.

Diese Regulierungswelle ist auch für Liechtenstein derzeit eine der ganz grossen Herausforderungen: Wie können wir neue internationale Standards und Vorschriften praxistauglich und grössenverträglich umsetzen, und dabei ein grosses Mass an Eigenverantwortung der Dienstleister bewahren?

*Verantwortlich ist man nicht nur für das, was man tut, sondern auch für das, was man nicht tut.*

Sehr verehrte Damen und Herren,

ich habe in meinen Ausführungen viele Fragen aufgeworfen. Damit möchte ich in erster Linie zum nachdenken anregen.

Die Rolle des Staates muss immer wieder hinterfragt werden. Dass diese Rolle mit Augenmass pragmatisch angepasst werden muss, steht für mich ausser Zweifel. Ich bin zuversichtlich, dass uns dies im Rahmen von liberalem und eigenverantwortlichem Handeln gelingen wird.

Solche Konferenzen wie heute sind dafür sehr wertvolle Entscheidungshilfen. Ich danke Ihnen, dass Sie diese Plattform hier in Vaduz ermöglicht haben und wünsche Ihnen allen eine erfolgreiche und spannende Konferenz.

Vielen Dank für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.